



Mitglieder des Städtesausschusses
Mainz-Wiesbaden

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Sitzung
des Städtesausschusses Mainz-Wiesbaden

18. 10.2023
Telefon: 0611 312160
Telefax: 0611 313907
E-Mail: magistratsbuero@wiesbaden.de

**Protokoll der Sitzung des Städtesausschusses Mainz-Wiesbaden
am 6. Oktober 2023,
Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus Wiesbaden**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: siehe beiliegende Anwesenheitsliste (Anlage 1 zum Protokoll)

Beginn der Sitzung: 19:09 Uhr
Ende der Sitzung: 21:27 Uhr

Vorsitz: Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende (Wiesbaden)

Oberbürgermeister Mende begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, insbesondere den erstmals teilnehmenden neuen Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, Nino Haase und den Vertreter der Presse.

Oberbürgermeister Haase bedankt sich für die Einladung und betont die Wichtigkeit der Zusammenarbeit in der Rhein-Main-Region und die Vielfältigkeit der Tagesordnung des Städtesausschusses.

TOP 1 Modellprojekt „mehrweg Modell Stadt“

Die Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll) zum Modellprojekt „mehrweg Modell Stadt“ und die Ausführungen hierzu durch Herrn Stebler, Dezernat II Wiesbaden, werden zur Kenntnis genommen.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Mende erklärt Herr Stebler, dass sich das System der Rückgabesäulen bereits in mehreren Städten (Bern, Genf, Zürich) in der Erprobungsphase befindet.

Die Nachfrage von Herrn Donner, Stadtratsmitglied Mainz, worin die Unterschiede der vorgestellten Systeme liegen und wieso nicht ein vorhandenes System genutzt wird, beantwortet Herr Stebler damit, dass es sich um ein systemoffenes Angebot handelt und somit die Hemmschwelle für die Gastronomie einzusteigen, abgebaut wird.

Herr Stebler erläutert auf Nachfrage von Herrn Bohrer, Ortsvorsteher Kastel, dass zunächst im ersten Schritt nur Getränkebecher, in einem zweiten Schritt möglicherweise auch Lebensmittelverpackungen integriert werden können.

Grundsätzlich handelt sich um ein App-basiertes Verfahren, welches sich jedoch noch in der Entwicklungsphase befindet.

Verantwortlich: Landeshauptstadt Wiesbaden, Dezernat II, Dezernat der Bürgermeisterin

TOP 2 Lokale Wasserstoff-Pipeline, Planung und Realisierung

Die Ausführungen von Herrn Hans, Beigeordneter Landeshauptstadt Mainz, sowie die Tischvorlage zu den Wasserstoff Pipelines (Anlage 3 zum Protokoll) werden zur Kenntnis genommen.

Demnach verfolgt die Stadt Mainz das Ziel, idealerweise bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu sein und setzt dabei unter anderem auch auf Wasserstoff ([Wasserstoffkonzept MaHYnzExperts | Klimaschutz in Mainz](#), www.mainz.de/microsite/klimaneutral/mahynzexperts/wasserstoffkonzept.php). Wissenschaftlichen Studien zufolge ist die Stadt Mainz derzeit für 1,9 Millionen Tonnen Co2/Jahr, die Firma Schott Glas laut Geschäftsbericht des Jahres 2019 für 1 Millionen Tonnen Co2/Jahr und die Firma Essity, Mainz Kostheim für 144.000 Tonnen Co2/Jahr verantwortlich.

Beide Firmen haben im Rahmen des Wasserstoffprojekts „MaHynz-Experts“ als Stakeholder mitgewirkt und haben sich bereits auf den Weg gemacht, ihren Bedarf an Erdgas durch das Medium Wasserstoff zu ersetzen. Daraus folgt, dass beide Firmen dringend „grünen“ Wasserstoff benötigen, und zwar in einer Dimension, die nur durch ein System mit Pipelines sichergestellt werden kann.

Hierzu verweist Herr Hans auf das vorgelegte Schaubild zu dem voraussichtlichen Verlauf der Pipelines. Aufgabe ist es, als gemeinsames Projekt von Mainz und Wiesbaden, schon jetzt in die Planungen einzusteigen, gemeinsam zu prüfen, welche Leitungen so umgewidmet werden können um als Wasserstoffpipelines nutzbar zu werden.

Oberbürgermeister Mende stellt die Frage nach Betreibern eines Wasserstoffpipelinenetzes. Hierzu erläutert Herr Hans, dass Stadtwerke, **möglicherweise** nach EU-Recht nicht Betreiber sein dürfen, denn wer bereits ein Gasnetz betreibt, dürfe aus wettbewerbsgründen nicht gleichzeitig ein Wasserstoffnetz betreiben. Hierzu müssten Gesellschaften gegründet werden.

Im Rahmen der Diskussion ergab sich die Frage nach der Herkunft der benötigten großen Mengen an „grünem“ Wasserstoff. Hierzu erwähnt Herr Hans beispielhaft ein neues Verfahren, mit dem man „grünen“ Wasserstoff mit einem Wirkungsgrad von über 95 Prozent produzieren kann. Weiterhin berichtet er von einem neuen, in der Steiermark erprobten Verfahren, dem Verbrennen von Klärschlamm und nicht recyclebaren Kunststoffen sowie Wasser, mit dem man „grünen“ Wasserstoff gewinnen kann.

Pdf der nachfolgenden Website zu Information beigelegt. www.energategate-messenger.at/news/227890/start-up-produziert-gruenen-wasserstoff-aus-klarschlamm

Weiterhin könne in Ländern mit viel Wind (Chile, Region Patagonien) auch die Elektrolyse bei der Herstellung von grünem Wasserstoff funktionieren, problematisch bleibt aber der Transport.

Herr Cohrs, ESWE Versorgung weist auf die Problematik der Netzbetreiber in Bezug auf die Investitionen bei einem Wasserstoffnetz hin. Hierzu führt Herr Hans, Beigeordneter Landeshauptstadt Mainz, aus, dass er davon ausgeht, dass bis zu 80 % des vorhandenen Erdgasnetzes umrüstbar und für Wasserstoff nutzbar gemacht werden kann.

Verantwortlich: Landeshauptstadt Mainz
Dezernat VII, Fördermittelmanagement, Herr Hans, Beigeordneter

TOP 3 Klimaschutzplan, Wärmeplanung, Klimaanpassungskonzept

Die Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll) zum Klimaschutzplan, Wärmeplanung, Klimaanpassungskonzept und die Ausführungen hierzu durch Herrn Dr. Friedrich, Amtsleiter Umweltamt Wiesbaden, werden zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um ein Thema, welches beide Städte massiv beschäftigen wird, insbesondere auch im Bereich Klimaanpassung. So herrschten in Wiesbaden beispielsweise im Jahr 2022 etwa 3 Grad wärmere Verhältnisse in der Innenstadt als im Vergleichszeitraum 1960 bis 1990, ablesbar an Stadtklimastationen, die seit etwa 100 Jahren betrieben werden.

Es besteht ein Austausch mit Mainz, beide Städte haben sich in den letzten Jahren mit Klimaschutz konzeptionell beschäftigt. Mit Blick auf AKK (dort erfolgt die Energieversorgung über die Mainzer Netze und der Entega) besteht ein weiterer Bedarf der Zusammenarbeit und Abstimmung. Im Bereich „kommunale Wärmeplanung“ sind beide Städte etwa auf gleichem Planungsstand. Wichtig ist beim gesamten Thema Klimaschutz eine Regelung der Verantwortlichkeiten, zumal es sich um ein Querschnittsthema handelt.

In Hessen ist das Thema Wärmeplanung bereits im Hessischen Energiegesetz fixiert, ab dem 29. November 2023 ist es verpflichtend, Wärmeplanung zu betreiben.

Der Artikel aus dem Wiesbadener Kurier vom 9. Oktober ist zur Information beigelegt.

Verantwortlich: Wiesbaden
Dezernat II, Dezernat der Bürgermeisterin, Amt 36, Umweltamt

TOP 4 a Verkehrssituation am Kasteler Kreisel, Brückenkopf

Herr Donner, Stadtratsmitglied Mainz, fragt nach dem aktuellen Sachstand zur geplanten Ampel und ob die Planung noch aktuell ist.

Herr Schmidt, Sachgebietsleiter Verkehrstechnik im Tiefbau und Vermessungsamt führt dazu aus, dass im Rahmen der Planungen zur City Bahn bereits der Bau einer Signalanlage vorgesehen war. Die notwendigen Mittel für die Signalanlage wurden jedoch nicht mehr in den Haushaltsplan aufgenommen.

Ortsvorsteher Bohrer weist darauf hin, dass nicht nur der Verkehr aus Mainz, sondern auch Kastel unmittelbar betroffen sei. Zur Ampelanlage sei die letzte Aussage des Verkehrsdezernenten gewesen, „man sei davon abgekommen“.

Stadtverordnete Coigné weist darauf hin, dass alle Verkehrsteilnehmenden gleichermaßen betrachtet werden sollen.

Oberbürgermeister Mende schlägt vor, die Angelegenheit in den zuständigen Fachausschüssen beider Städte erneut zu behandeln.

Der Artikel aus dem Wiesbadener Kurier vom 11. Oktober ist zur Information beigelegt.

Verantwortlich: Wiesbaden und Mainz

TOP 4 b Zustand Haltestelle Brückenkopf, Kastel

Stadtverordnete Coigné hält den Zustand der Haltestelle als Eingang in die Stadt für 30.000 ÖPNV Nutzende täglich für verbesserungswürdig (Sauberkeit, mehr Sitzgelegenheiten, Schutz vor Wind und Wetter, gesamtes Erscheinungsbild).

Herr Köck, Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) berichtet über die Zuständigkeit bei der Reinigung der Haltestelle und erläutert, dass für das eigentliche Bauwerk und die Unterhaltung die Landeshauptstadt Wiesbaden zuständig ist. Die Landeshauptstadt Mainz ist zuständig für die Pflege des Haltestellen-Lollys und die Reinigung der Haltestelle, jedoch nicht für die Reinigung und Pflege der Zeltkonstruktion.

Herr Stadtverordneter Hill ist der Meinung, dass es sich bei dieser Haltestelle um einen absoluten „Unort“ handelt und es doch möglich sein sollte, zwischen allen Beteiligten eine Lösung für eine Verbesserung des Zustandes zu finden.

Oberbürgermeister Mende sieht die Lösung des Problems nicht in der Zuständigkeit des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden und regt eine interne Klärung an.

Der Artikel aus dem Wiesbadener Kurier vom 11. Oktober ist zur Information beigelegt.

Verantwortlich: Wiesbaden und Mainz

TOP 5 Erfahrungsaustausch zu New Work

Die Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll) zum Erfahrungsaustausch New Work und die Ausführungen hierzu durch Frau Vogt, Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung Wiesbaden, werden zur Kenntnis genommen.

Frau Vogt nimmt die Anregungen zum Austausch mit den Bundes- und Landesbehörden auf.

Oberbürgermeister Haase fragt nach den Auswirkungen von New Work auf Arbeitszeiten, Krankenstand etc. Hierzu führt Frau Vogt aus, dass lediglich die Rüstzeiten bei der Einrichtung von wechselnden Arbeitsplätzen zusätzlich zu berücksichtigen sind. Erkenntnisse zum Krankenstand oder den Auswirkungen auf Arbeitszeiten liegen nicht vor. Oberbürgermeister Mende ergänzt, dass zum Thema Krankenstand aufgrund der durch die Pandemie beeinflussten Statistik noch keine Aussagen getroffen werden können.

Oberbürgermeister Haase hält ein ähnliches Konzept auch in Mainz für denkbar.

Verantwortlich: Wiesbaden
Dezernat II, Dezernat der Bürgermeisterin, Amt 15, Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

TOP 6 Sachstandsbericht Rhein.Main.Ufer-Konzept

Die Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll) zum Rhein.Main.Ufer-Konzept und die Ausführungen hierzu durch Frau Müller, Stadtplanungsamt Wiesbaden, werden zur Kenntnis genommen.

Herr Donner, Stadtratsmitglied Mainz, fragt nach der Beleuchtungssituation zwischen Kaiserbrücke und Eleonorenstraße. Frau Müller führt aus, dass diese Frage nicht in diesem Projekt behandelt wurde, die Problematik aber an das zuständige Amt weitergeleitet wird.

Die Anregung von Stadtverordneter Coigné, die Spiel- und Erlebnisflächen nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für erwachsene Benutzer und Benutzerinnen vorzusehen, wurde laut Frau Müller bereits bei der Planung der „Bewegungsinseln“ für alle Altersklassen berücksichtigt.

Stadtverordneter Hill weist darauf hin, dass bei der Planung einiges dabei ist, was zu Ärger führen wird. Oberbürgermeister Mende führt dazu aus, dass in seinen Gesprächen mit den Ortsvorstehern vieles Zuspruch findet.

Verantwortlich: Wiesbaden
Dezernat I, Dezernat des Oberbürgermeisters, Amt 61,
Stadtplanungsamt

TOP Verschiedenes

Stadtrat Schuster weist auf die Eigentumsverhältnisse bei öffentlichen Verkehrsflächen in AKK hin, wonach sich diese teilweise im Eigentum der Landeshauptstadt Mainz und teilweise im Eigentum der Landeshauptstadt Wiesbaden befinden. Diese Situation macht sich insbesondere bei Baumaßnahmen negativ bemerkbar. Herr Schuster regt an, diese Situation zu klären. Oberbürgermeister Haase sagt eine Prüfung zu.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zum TOP Verschiedenes vor.

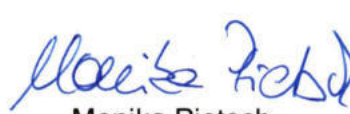
Oberbürgermeister Mende dankt daraufhin den Anwesenden für die Teilnahme und schließt die Sitzung.

Wiesbaden, den 18. Oktober 2023


Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

Anlagen

Für das Protokoll


Monika Pietsch
Büro des Magistrats


Stephan Bock
Büro des Magistrats

Verteiler: 010400 z. w. V.